

03.11.2014

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU

Innenminister Jäger verwickelt sich in Widersprüche: Neue Erkenntnisse zum Gewaltexzess von Köln

Eine Woche nach der gewalttätigen Demonstration von Köln am 26.10.2014 berichten verschiedene Medien von neuen Erkenntnissen zur Vorbereitung der örtlichen Polizei und zur Informationspolitik von Innenminister Jäger.

Es zeige sich, dass die Polizei mit der riesigen Masse von gewaltbereiten Hooligans bereits im Vorfeld völlig überfordert war, so der Sonntags-Express Köln vom 03.11.2014. Am Morgen nach den „HoGeSA“-Randalen (Hooligans gegen Salafisten) hatte Innenminister Jäger jedoch von einem erfolgreichen Einsatz gesprochen. Die Polizei habe die Lage „ziemlich präzise“ eingeschätzt. So erklärte Herr Jäger gegenüber dem Nachrichtensender Phoenix, die Behörde habe im Vorfeld mit „über 4.000 bis zu 4.800“ Teilnehmern gerechnet. Der Sonntags-EXPRESS vom 03.11.2014 berichtet über erhebliche Zweifel der örtlichen Polizei und am Einsatz beteiligter Polizeibeamter an der Version von Herrn Jäger. Die örtlichen Polizei-Behörde teilte auf Anfrage mit: „Auf der Grundlage welcher Information die vom Fernsehsender Phoenix zitierte Einschätzung des Ministers begründet war, ist hier nicht ersichtlich.“ Die Zeitung berichtet weiter, dass sich im Einsatzbefehl vom Donnerstag vor der Demonstration ein Hinweis darauf finde, dass der Veranstalter seine Angabe auf bis zu 1.500 Teilnehmer erhöht habe. Gleichzeitig wird dort der aktuelle Stand der Facebook-Zusagen mit 5.710 aufgelistet. Herr Jäger sprach bisher jedoch davon, dass man zu diesem Zeitpunkt von 7.000 Facebook-Anmeldungen ausgegangen sei. Doch diese Zahl stammt laut Aussage der Zeitung, von Sonntag, 12 Uhr, also drei Stunden vor den Krawallen. Auf Nachfrage des Sonntag-EXPRESS teilte ein Sprecher Jägers vergangenen Freitag (31.10.2014) hierzu mit, der Minister habe seine Informationen aus einem „persönlichen Gespräch“ mit Einsatzleiter Klaus Rüsenschmidt erhalten. Dieses Gespräch, so der Sprecher Jägers, habe jedoch erst nach den Krawallen stattgefunden.

Der FOCUS vom 01.11.2014 berichtet des Weiteren darüber, dass der Kölner Führungsstab Warnungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor dem Aufmarsch von knapp 5.000 Hooligans und Neonazis bei der Einsatzbesprechung mit Polizeiführern verschwiegen habe.

Datum des Originals: 03.11.2014/Ausgegeben: 03.11.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Ein Polizeiführer sagte dem Magazin dazu: „Das ist nicht in die Befehlslage eingeflossen.“ Es sei zudem versäumt worden, Absperrgitter aufzustellen und Zugreiftrupps sowie Hunde- und Reiterstaffel einzusetzen, welche laut Aussage eines Polizisten gegen ein Störeraufgebot enorm wichtig sind.

Die neuen Erkenntnisse werfen auch die Frage auf, warum ein gemäß § 15 Absatz 1 VersammlG mögliches Verbot der Demonstration oder zumindest das Verhängen von Auflagen, durch die Behörden und den Innenminister nicht geprüft beziehungsweise zumindest in Erwägung gezogen wurde. Ein Verbot oder bestimmte Auflagen sind laut Versammlungsrecht dann möglich, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung einer Versammlung unmittelbar gefährdet ist. Es zeigt sich immer mehr: Die Gewaltexzesse von Köln waren vorhersehbar. Es war bereits im Vorfeld klar, dass die angekündigten Teilnehmer aus der Hooligan- und Rechtsextremen-Szene kommen und dass diese gewaltbereit sind.

Die widersprüchlichen Aussagen des Innenministers legen nahe, dass eine gravierende Fehleinschätzung der Lage im Vorfeld der Demonstration von 5.000 eindeutig gewaltbereiten Hooligans und Rechtsextremen im Nachhinein plausibel gemacht werden soll. Dies untergräbt ein weiteres Mal den Rechtsstaat und schadet dem Ansehen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse muss der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über das Versagen des Innenministers im Vorfeld und seine widersprüchliche Informationspolitik im Nachgang zur gewalttätigen Demonstration in Köln am 26.10.2014 diskutieren.

Lutz Lienenkämper

und Fraktion